

SVFuA

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI) hat der Vorserienversion des SVFuA-Systems (Streitkräftegemeinsame, Verbundfähige Funkausstattung) der Bundeswehr die Zulassungsfähigkeit bis zum Geheimhaltungsgrad GEHEIM bestätigt. Die Zertifizierung nach dem internationalen Software Communi-



cations Architecture Standard (SCA) war im Rahmen der Kundenabnahme vorausgegangen. Die Zulassung wird mit der Serienversion ausgesprochen. Damit liegt eine wesentliche Voraussetzung zur Beschaffung des SVFuA-Systems sowie zur Zulassung bis zum Geheimhaltungsgrad NATO SECRET vor. Rohde & Schwarz war im Jahr 2009 beauftragt worden, als Projektverantwortlicher unter anderem das SVFuA-Grundgerät zu entwickeln und nachzuweisen, dass es zulassungsfähig ist und in Serie gefertigt werden kann.

INHALT

- **Am Wendepunkt**
Hans-Peter Bartels, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages
- **Meine Meinung**
- **Cyber ist eine Querschnittsaufgabe**
Aus dem Heer
- **Die Command Support Brigade des Multinational Corps Northeast**
Aus der Industrie
- **Für Deutschland. Aus Deutschland.**
Aus der Wirtschaft
- **Rechtliche Expertise ist gefragt**
Aus dem FKH
- **Symposium Ausbildung**
- **Veranstaltungen 2016**

Am Wendepunkt

Hans-Peter Bartels, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages

Mein Amt liegt in der Neustädtischen Kirchstraße in Berlin. Gut hundert Meter sind es von meinem Büro zum Bahnhof Friedrichstraße. Auf dessen Gleisen standen im Herbst 1943 jeden Abend abgedunkelt und abfahrtbereit die Kurierzüge zu den Heeresgruppenkommandos im Osten. In seinem autobiografischen Buch „Die verdammte Pflicht“ schreibt Alexander Stahlberg: „Man musste sich im Dunkel hüten, in den falschen Zug einzusteigen; man könnte bei Leningrad aufwachen anstatt in der Ukraine.“

Wer das heute liest, spürt unmittelbar den Wahnsinn, der diesem ungeheuerlichen Krieg zugrunde lag – und dass das verbrecherische Nazi-Regime beseitigt werden musste. Es waren tapfere Offiziere des Heeres, die den Konflikt zwischen Gehorsam und Recht im Sinne der Radbruchschen Formel aufgelöst haben: Die Soldaten des militärischen Widerstandes haben sich für das Recht und gegen den Gehorsam entschieden. Keinem ist das leicht gefallen. Jeder hat die Entscheidung für sich getroffen, in sich, nach seinem inneren menschlichen Maßstab. Das ist es, weshalb wir von Innerer Führung sprechen. Deshalb gelten alle staatsbürgerlichen Rechte im demokratischen Deutschland uneingeschränkt für jeden Soldaten und jede Soldatin. Deshalb ist die Bundeswehr nicht nur eine Armee in der Demokratie, sondern eine Armee, die selbst nach demokratischen Grundsätzen verfasst ist: mit Beschwerde- und Petitionsrecht, mit Vereinigungsfreiheit und gewählten Personalvertretungen. Deshalb steht im Grundgesetz (Artikel 20, 4) so ein einzigartiger Satz: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Und deshalb gibt es unser Verfassungsprinzip der Par-



Foto: Hiermann J. Müller

lamentskontrolle und das Amt des Wehrbeauftragten.

Ich schicke das voraus, weil das Amt des Wehrbeauftragten und der Verteidigungsausschuss nach Artikel 45a und 45b des Grundgesetzes die beiden ständigen Institutionen des Bundestages sind, die ausdrücklich der „parlamentarischen Kontrolle“ unserer Streitkräfte dienen – mit unterschiedlichen Rechten und Arbeitsweisen. Ich kenne inzwischen beide gut.

Mancher hat sich gewundert, dass ich als ersten Schwerpunkt meiner Arbeit im neuen Amt die militärische Ausrüstung gewählt habe: Abschied vom sog. „dynamischen Verfügbarkeitsmanagement“ der letzten Bundeswehrreform. Nicht 70 Prozent als Soll-Ausstattung, sondern 100 Prozent! Dabei geht es übrigens auch um einen Abschied von manchen ökonomistischen Illusionen.

Das Thema „Vollausstattung“ ist heute deshalb existenziell, weil sich erstens gerade die Welt verändert und weil zweitens die Attraktivität des Soldatenberufs nicht allein von sozialen Faktoren wie der Höhe der Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenkasse abhängt, sondern eben auch von der Beantwortung einer noch grundlegenderen Frage, nämlich: Findet der Dienst, den der Soldat oder die Soldatin leisten wollte, überhaupt statt? Kann man seinen Job machen, ja oder nein?

Meinen ersten Truppenbesuch als neuer Wehrbeauftragter habe ich 2015 aus guten Gründen beim Panzergrenadierbataillon 371 gemacht, damals Kern des deutschen Gefechtsverbandes für die neue „Speerspitze“ der Nato Response





Seinen ersten Truppenbesuch als neuer Wehrbeauftragter führte Hans-Peter Bartels beim Panzergrenadierbataillon 371 durch.

Force. Dort fehlten alles in allem 15.000 Dinge, um 1.000 Soldaten voll auszurüsten. All das wurde dann tatsächlich doch beschafft, aber durch Kannibalisierung dutzender anderer Verbände des Heeres und der Bundeswehr. Darauf bin ich überall immer wieder angesprochen worden. Ich finde, diese 15.000-fache Fehlanzeige sollte den Wendepunkt markieren: von der Verwaltung des Mangels hin zur Organisation der Vollausrüstung. Man könnte auch einen anderen Wendepunkt definieren. Das war die Verteidigungsausschussitzung vor jetzt anderthalb Jahren, in der das Ministerium erstmals einen Bericht über den Klarstand der Hauptwaffensysteme der Bundeswehr vorlegen musste. Wir als Ausschuss hatten diesen Bericht angefordert. Er war extrem ernüchternd, wie auch der zweite Bericht im Dezember 2015.

In den anschließenden Haushaltsberatungen 2014 gab es dann – von der Öffentlichkeit fast unbemerkt – einen parlamentarischen Paradigmenwechsel: Der Ausschuss forderte die Regierung mit den Stimmen der Großen Koalition auf, die 70-Prozent-Ausrüstung zu überprüfen, die Munitionsvorräte zu überprüfen, mehr GTK Boxer zu beschaffen und einen Nachfolger für den Leopard 2 in Auftrag zu geben. Inzwischen gehen wir, glaube ich, alle in die gleiche Richtung: Parlament, Regierung und Bundeswehr. Aber es ist auch höchste Zeit.

Um das Hauptproblem auf einen einzigen Satz zu bringen: Es ist von allem zu wenig da. Zu wenig Großgerät vom Leo über den Fennek bis zu IT-angebundenen Gefechtsständen. Zum Teil sind die Strukturen gut, aber hohl. Zum

Teil sind die Strukturen selbst zu schmal geworden. Und wie steht es eigentlich um die Verlegefähigkeit? Die Diagnose „zu wenig“ gilt auch bei Peripheriegerät und persönlicher Ausstattung, von Nachsichtgeräten über Ponchos bis hin zu Schutzwesten.

Diese Ausrüstungslücken existieren objektiv. Sie behindern Ausbildung, Übung und Einsatz. Für die glaubwürdige Bereitschaft zur Teilnahme an der kollektiven Verteidigung in Europa genügt keine sog. „Erstausrüstung“ oder „Anfangsausrüstung“, kein 1. Los, keine routinierete Toleranz für Fehlanzeigen.

Wenn die Nato bei den Landstreitkräften mit neun Korps rechnet – und Deutschland hat dieser Kalkulation zugestimmt –, dann sehe ich keine Rechnung, die aufgeht, wenn unser Heer dafür

nur eine Division stellt. Es geht immer um beide Standarddivisionen. Letztlich bedeutet kollektive Verteidigung, dass die gesamte Bundeswehr der Bündnispräsenz Gewicht und Tiefe gibt.

Was fehlt noch? Ich kenne bei Munition und Flugkörperausrüstung nicht alle Zahlen, eher Tendenzen, fast alle problematisch. 150 Luft-Luft-Flugkörper Meteor für unsere demnächst 146 Eurofighter scheinen mir eher eine symbolische Bewaffnung darzustellen – abgesehen davon, dass diese Hauptwaffe des Eurofighters erst demnächst verfügbar sein soll, zwölf Jahre nach Einführung unseres modernen Luftüberlegenheitsjägers in die Bundeswehr. Der Tiger wartet ebenfalls noch auf seine Hauptbewaffnung, acht Jahre nach Einführung dieses Kampfhubschraubers. Wie lange wird es mit MELLs beim Puma dauern? Und stimmen überall die Mengengerüste?

Wenn die Lücken beim Material mittlerweile weitgehend anerkannt sind, jedenfalls abstrakt, gilt das für zwei andere Bereiche noch lange nicht. Ich will sie hier nicht durchdeklinieren, nur andeuten: Es gibt massive Unwuchten beim Personal. Tagesantrittsstärken von 50 bis 60 Prozent sind gewiss in jedem einzelnen Fall gut begründbar: Urlaub, Krankheit, Lehrgang, Einsatz, Elternzeit. Aber wären die Personalstrukturen nicht besser, wenn sie diesen ganz normalen „Schwund“ von vornherein berücksichtigen würden? Sonst machen zu viele Soldatinnen und Soldaten immer wieder im ganz normalen Grundbetrieb die Arbeit für zwei. Das höre ich auf beinahe jedem meiner Truppenbesuche. Mit der Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie treten diese Pro-



Ausrüstungslücken gibt es nicht nur beim Großgerät, sondern auch bei der persönlichen Ausstattung

bleme nun noch deutlicher zutage. Das Personalstrukturmodell PSM 185 reicht nicht mehr.

Der dritte Bereich des „Zu wenig“ neben Material und Personal ist die Infrastruktur. Jeder Bundesbürger, den man auf der Straße danach fragte, würde annehmen, dass es für jeden Soldaten und jede Soldatin ein Bett und einen Spind in einer Stube einer Kaserne der Bundeswehr gibt. Gibt es aber nicht. Die Infrastruktur ist über fünf Bundeswehrreformen, die immer auch Reduzierungen waren, längst zu sehr auf Kante genäht. Nichts für Pendler, nichts für Alarmübungen, nichts als Planungsreserve. Auch das zehrt an der Motivation der Menschen in den Streitkräften.

Die Bundeswehrreform von 2011 muss also nachgesteuert werden. Das bedeutet auch, dass man um die entspre-

wehr langsam in den grünen Bereich. Aber möglichst nicht erst in 15 Jahren, sondern besser in den nächsten vier bis fünf Jahren.

Wohlgemerkt, es geht nicht um Aufrüstung, sondern um eine aufgaben- und strukturgerechte Ausrüstung unserer Armee in einer Größenordnung von 185.000 Soldatinnen und Soldaten (oder künftig etwas mehr). Die Weltlage lässt das bequeme Prinzip „Bundeswehr nach Kassenlage“ nicht mehr zu.

Nach so viel Problembewusstsein hier noch ein paar Bemerkungen zu den positiven Veränderungen, die in der Bundeswehr längst laufen: Als Armee im Einsatz – Stichworte: Balkan, Afghanistan, Afrika, Marinemissionen und Flüchtlingshilfe – sind unsere Streitkräfte erprobt, bewährt und anerkannt, im Innern und von Außen. Dazu gehört auch, dass

nicht vom Russland/Ukraine-Konflikt oder vom neuen djihadistischen Eroberungsterror getrieben ist, sondern von einer alten Idee. Sie hat etwas zu tun mit der Stahlberg-Geschichte, die ich am Anfang erzählt habe.

Es ist die Idee eines einigen Europa. Nichts ist einfach. Aber die Idee lebt! Und dass gerade jetzt das deutsche Heer Vorreiter ist bei der Europäisierung unserer Verbände im Grundbetrieb, etwa beim Framework Nation Concept der Nato, finde ich großartig. Multinationalität nicht erst im Out-of-Area-Einsatz oder bei der Reassurance in Osteuropa, sondern schon im Grundbetrieb, im Alltag, jeden Tag – das ist die Vision, aus der jetzt Realität wird.

Alle nationalen Armeen sind kleiner geworden, aber 1,5 Millionen Soldaten hat EU-Europa immer noch, davon sind 1,4 Millionen auch Nato-Soldaten. In 28 EU-Nationen geben wir 190 Milliarden Euro für Verteidigung aus. Viele Soldaten, viel Geld – aber viel zu wenig Effektivität, viel zu wenig Interoperabilität, viel zu wenig echte Integration!

Schon wenn der europäische Teil der Nato nur die Summe seiner Teile wirksam in die Waagschale werfen könnte, wäre das mehr als heute. Wenn aber aus den Teilen nach und nach ein neues funktionsfähiges Ganzes würde: Wie viel stärker wäre Europa, wie viel stärker das transatlantische Bündnis!

Das deutsch-niederländische Heeresprojekt ist ein Labor für echte Integration auf Truppenebene. Polen kann ein prima Partner werden. Mit Frankreich lohnt allemal eine Auffrischung des gemeinsam Machbaren. Ich persönlich glaube, Tschechien könnte in Osteuropa eine Rolle wie im Westen die Niederlande spielen, mit Deutschland als Partner.

Mit all dem Europäisierungsaufwand wird eine ganze Republik an neuen Problemen auf uns zukommen. Innere Führung, Auftragstaktik, Parlamentsvorbehalt ... Ich sehe das auch. Aber verglichen mit all den Problemen vor 70 Jahren oder vor 60 Jahren bei Gründung der Bundeswehr sind das gute Probleme. Wir müssen gar nicht ins Euphemistische ausweichen und von „Herausforderungen“ reden. Nennen wir die Probleme der Europäisierung beim Namen. Denn diese Probleme wollen wir haben! Je besser und schneller wir sie lösen, desto wirksamer können wir den Gefahren und Bedrohungen begegnen, die in unserem „Zeitalter der strategischen Überraschungen“ noch vor uns liegen mögen.

Foto: defensie.nl



Die deutsch-niederländische Partnerschaft ist ein Vorbild für echte Integration von Landstreitkräften auf Truppenebene.

chenden Haushaltsmittel werben muss, etwa für das jetzt angekündigte massive Rüstungsinvestitionsprogramm. Der beschlossene Haushalt für 2016 mit seiner mittelfristigen Finanzplanung trägt dem noch nicht Rechnung.

Zwar steigt der Verteidigungskostenanteil an der gesamten Wirtschaftsleistung Deutschlands von 1,16 Prozent 2015 auf 1,18 Prozent in diesem Jahr. Ein Plus von zwei hundertstel Prozentpunkten! Immerhin. Aber bis 2019 sinkt – mit der aktuell geltenden mittelfristigen Finanzplanung – die BIP-Quote wieder auf 1,07 Prozent, den niedrigsten Wert seit Gründung der Bundeswehr. Wir reden hier nicht vom Nato-Ziel der 2 Prozent oder von den 3,6 Prozent der USA oder den 1,8 Prozent Frankreichs. Wir stehen bei 1,18 Prozent. Mit dauerhaft 1,3 oder 1,4 Prozent, glaube ich, käme die Bundes-

Deutschland nicht in jedem militärpolitischen Mainstream mitgeschwommen ist. Zu klären wäre allerdings noch: Unter welchen Bedingungen sind militärische Interventionen eigentlich erfolgreich? Und wo liegen die Grenzen einer technizistischen Führungs- und Wirkungs-Hybris?

Gut ist: Das Heer muss für den neuen Stellenwert, den die kollektive Verteidigung heute hat, nicht umgliedern. Anders als bei anderen Nationen wurden bei uns Organisationsfehler vermieden.

Auch gut: Die Bundeswehr ist voll in der materiellen Modernisierung – mit allen Kinderkrankheiten, Übergangsschmerzen, Enttäuschungen und Nachbesserungen. Aber wie viel weiter sind wir als viele unserer europäischen Bündnispartner! Und schließlich ist die Bundeswehr Teil eines militärhistorischen Wandels, der